

Roma
Vor allem in Osteuropa und Italien werden Roma systematisch diskriminiert und sind teils pogromartigen Zuständen ausgesetzt.
 Seite 2

Polen
Die Extreme Rechte in Polen hetzt gegen schwule Teletubbies und Juden, betreibt ein erzkatholisches Radio und organisiert Anti-Antifa-Camps.
 Seite 3

Neonazis im Berner Oberland
Vordergründig ist ein Wechsel von klandestin auftretenden Kameradschaften hin zu institutionalisierten Organisationen zu beobachten – die Drahtzieher bleiben aber die gleichen.
 Seite 7

Rechtsextreme Allianz

Einigungsversuche auf europäischer Ebene

Die Extreme Rechte in Europa ist im Aufwind. Doch ihr Weg nach Strassburg ist steinig. Nationalismus und politische Differenzen zwischen den verschiedenen Parteien verunmöglichen bis dato ein geeintes Auftreten im EU-Parlament – (zu) breit ist der Graben zwischen Postfaschisten, lettischen Fans der Waffen-SS oder den Salon-Rechten einer Dänischen Volkspartei.

Im Herbst 2009 starten einige rechtsextreme und nationalistische Parteien erneut einen Versuch, jenseits der nationalen Grenzen zusammenzuarbeiten: Am 24. Oktober 2009 wurde in Budapest ein europaweites rechtsextremes Parteinetzwerk aus der Taufe gehoben. Dem «Bund der Nationalen Bewegungen Europas» gehören die ungarische Partei Jobbik, der französische Front National (FN),

ihre gleichnamige belgische Schwesterpartei (FN-B), die italienischen Neofaschisten des Movimento Sociale - Fiamma Tricolore (MSFT) sowie die schwedischen Nationaldemokraterna (ND) an. Interesse an einer Mitgliedschaft soll zudem auch die British National Party (BNP) bekunden. Darüber hinaus würden mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), der portugiesischen Partido Nacional Renovador (PNR) und der spanischen Democracia Nacional (DN) Gespräche geführt.

Die ENB verfügt derzeit über insgesamt sechs Europaparlamentarier: drei des Front National und drei von Jobbik. Rechnet man die zwei Abgeordneten der BNP hinzu, käme das Bündnis aktuell auf acht Mandate, unter Einschluss der zwei FPÖ-Mandatsträger insgesamt auf zehn Sitze. Alle derzeitigen und potenziellen Abgeordneten aus dem Lager der ENB sind zurzeit fraktionslos.

Nation oder Fraktion?

In Brüssel haben es die rechten Parteien bisher nicht geschafft, eine Fraktion zu bilden, die alle starken rechtsextremen Kräfte einbindet. Geht man von einem Spektrum der Extremen Rechten von 37 Abgeordneten aus, so sind davon 21 noch fraktionslos. Die Grenzen zwischen sehr konservativ und extrem rechts sind dabei häufig fließend.

Der Gründung einer eigenen Parlamentsfraktion – dazu sind 25 Abgeordnete aus sieben Ländern erforderlich – scheidet bisher an Spannungen zwischen den Parlamentariern. Es scheint nicht einfach, über den langen Schatten des Nationalismus zu springen: Österreichische verstehen sich schlecht mit italienischen, rumänische nicht mit ungarischen Ratsmitgliedern.



EU-Parlament in Strassburg

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Die antifaschistische Linke konnte am 13. Februar 2010 einen tollen Erfolg für sich verbuchen: Mit schlaun platzierten Blockaden und der nötigen Portion Hartnäckigkeit gelang es Tausenden Antifas im ostdeutschen Dresden, Europas grössten und wichtigsten Naziaufmarsch zu verhindern. Rund 5000 Neonazis, angereist aus allen Himmelsrichtungen, mussten bei klirrender Kälte Stunde um Stunde am Versammlungsort ausharren und schliesslich unverrichteter Dinge wieder abziehen. Stillstand für Nazis – ein Moment zum Geniessen, wäre der Anblick Tausender Dumpfbacken nicht so ungeniessbar.

In der aktuellen Ausgabe des «lautstark!» nehmen wir dich mit auf eine wenig erbauliche Europareise. Wir stellen dir die rechtsextreme Allianz im Europäischen Parlament vor: Europas Rechtsausen-Lager, teils von schillernden Politfiguren angeführt, machen kaum überbrückbare inhaltliche Differenzen zu schaffen. Wir zeigen beispielhaft auf, wie sich die Neonaziszene in den Ländern Italien, Ungarn, Tschechien und Polen organisiert und strukturiert. Ein weiterer Artikel wirft ein Streiflicht auf die ungemütliche Situation der Roma, die zu den populärsten Hassobjekten der Extremen Rechten zählen und die immer wieder Opfer von brutalen rassistischen Übergriffen werden.

Viel Spass beim Lesen!

Antifa Bern

Die Europawahl

Extreme Rechte in Strassburg

375 Millionen Wahlberechtigte konnten an die Urnen. Zu wählen gab es insgesamt 785 Abgeordnete aus 27 Ländern. Der Anteil der Extremen Rechten bleibt dabei stabil, sie hat sich 37 Sitze ergattert. Im Allgemeinen zeigen die Resultate aber keine Radikalisierung der Rechten. Konservative Parteien profitierten von der Linken, die es verpasste, schlüssige Antworten zur Wirtschaftskrise zu liefern.

Wenn überhaupt, dann waren es «lokale nationale Umstände» und die traditionellen Themen der Extremen Rechten wie Rassismus und Einwanderung – oder genauer, der öffentliche Wahrnehmung und die Angst davor –, die ihr die meisten Stimmen einbrachten. Viele Rechtspopulisten schweigen zu Themen wie der Wirt-

schaftslage, Klimawandel oder anderen aktuellen Problemen.

Die Gewinner

Niederlande:

Zweifelsohne eine der Gewinnerinnen der Extremen Rechten bei den Wahlen ist Geert Wilders rechtspopulistische Partij voor de Vrijheid. Mit anti-islamischen und anti-europäischen Slogans holte sie 17 Prozent der Stimmen (4 Sitze) und katapultierte sich zur zweitstärksten Kraft in den Niederlanden.

Dänemark:

Eine weitere Abräumerin ist die islamophobe Dansk Folkeparti (DF). Ihre einwanderfeindliche Wahlkampagne mit dem zentralen Motto: «Gebt uns Dänemark zurück» stösst scheinbar auf Anklang. Mit

einem Ergebnis von knapp 15 Prozent (2004 holte sie erst 6.8%), kann sie die Anzahl ihrer Sitze auf zwei verdoppeln.

Finnland:

Einen ähnlichen Erfolg feiert die bizarre rechtspopulistische Perussuomalaiset (Wahre Finnen). Dank ihrem Zugpferd, dem 47-jährigen PS-Chef Timo Soini, der schon alleine 130'000 Einzelstimmen auf sich zieht, springt ihr Stimmenanteil von 0.5 (2004) auf 10 Prozent, was ihr einen Sitz im EU-Parlament sichert. Zusammen mit ihrem Bündnispartner bei den Wahlen, den Kristillidemokraatit, kommen sie gar auf einen Wähleranteil von 14%.

Italien:

Die regionalistische und rassistische Lega Nord, die als Juniorpartnerin an

der Regierung Berlusconi beteiligt ist und mit Roberto Maroni den Innenminister stellt, geht als grosse Gewinnerin aus den Wahlen hervor. Mit 10.2% erobert sie neun Parlamentssitze. Im Gegenzug verliert die faschistische Partei Fiamma Tricolore mit ihrem verurteilten Terroristen Roberto Fiore ihre Sitze und damit auch einen Geldesel.

Ungarn:

Der unbestrittene Star der Extremen Rechten in Europa ist die ungarische Nazi-Partei Jobbik (Bewegung für ein besseres und rechteres Ungarn). «Ungarn den Magyaren», so ihre Devise. 14.8 Prozent wählen die Rechtsextremisten und bejahen damit ihre antisemitische Propaganda, die Verfolgung der Roma und die Existenz der Ungarischen Garde. Von Jobbik-Chef Gabor Vona 2007



gegründet, patrouillieren Einheiten dieser paramilitärischen Bürgerwehr nahezu täglich durch Ungarns Städte und Gemeinden. Mit ihren Wachrunden sorgt die uniformierte Privatarmee angeblich für mehr öffentliche Sicherheit und weniger «Zigeunerkriminalität». Die Situation der Roma-Minderheit dürfte sich künftig weiter verschlechtern: Die rechtsextreme Jobbik kommt zusammen mit der rechtskonservativen Fidesz unter Viktor Orbán auf über 62 Prozent.

Grossbritannien:

Die offen rassistische British National Party (BNP), in der nur Weiße als Mitglieder zugelassen sind, zieht mit zwei Sitzen (6.2%) erstmals ins Europaparlament ein. Mit einem Interview in der BBC sorgte ihr Vorsitzender, Nick Griffin, kurz nach der Wahl europaweit für Aufsehen. Griffin forderte, die Europäische Union solle «einige dieser Boote versenken», mit denen afrikanische Migranten oft auf riskante Weise versuchen, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Sein Handlanger, Andrew Browns, startete seine politische Karriere in einer Organisation, dessen Mitglieder in den 1960ern Synagogen nieder brannten. Angesichts dessen erstaunt auch ihr enges Verhältnis zur Jobbik-Partei nicht mehr.

Griechenland:

Die rechtsextreme Partei Laikós Orthódoxos Synagermós (L.A.O.S.) steigert sich von 4.1 auf 7.1% und stellt neu zwei EU-Abgeordnete.

Slowakei:

Die ultranationalistische und romafeindliche Slovenská národná strana (SNS, slowakische Nationalpartei) errang diesmal ihren ersten Sitz, blieb dabei mit 5.6% aber unter den Erwartungen. In Bratislava koalitiert die Partei von Ján Slotá – der gerne gegen die ungarische Minderheit, Roma und Homosexuelle hetzt – auch mit den Sozialdemokraten.

Rumänien:

Nach den kürzlich erlittenen Wahlschlappen auf internationalem (EUNachwahlen 2007) und nationalem (Parlamentwahl 2008) Parkett als politisches Auslaufmodell gehandelt, erlebt die Partidul România Mare (PRM) einen unerwarteten Aufschwung. Mit erstaunlichen 8.7 Prozent sendet sie drei Abgeordnete nach Brüssel. Die Ausrichtung des Parteichefs Corneliu Vadim Tudor ist deutlich: Er fordert «die Liquidierung von Zigeunern», die Wiedereinführung der Todesstrafe und die Errichtung eines Lagers für ungarische Minderheiten.

Bulgarien:

Die Anti-EU und ultranationalistische Partei Ataka verlor einen ihrer drei Parlamentssitze. Ihr Parteichef, Volen Nikolov Siderov erzielte bei der Präsidentschaftswahl 2006 spektakuläre 27 Prozent der Stimmen.

Am doch offen rechtsextremen Kurs der Ataka scheint sich die konservative Partei Grazhdani za evropeysko razvitié na Balgariya – die führende politische Kraft in Bulgarien –, nicht zu stören und sieht sie als möglichen Koalitionspartner.

Die Verlierer

Der letzte Platz gebührt der Liga Polskich Rodzin (LPR), die diesmal mit der rechtspopulistischen Libertas zusammenspannt. Für die polnische «Familienpartei» werden die Wahlen zu einer Schmach. Mit knapp über 1% Stimmenanteil verliert sie all ihre zehn Sitze. Ebenso an einem Sitzgewinn vorbei schlittern die Rechtsparteien in Spanien, Portugal, Schweden und Slovenien. Bedeutungslos bleiben auch die beiden deutschen Rechtsparteien, Deutsche Volkunion (DVU) und Republikaner (REP). Die Nationaldemokratische Partei Deutschland NPD ist zu den Europawahlen 2009 gar nicht erst angetreten. Die Nationale Partei Tschechiens die noch im Mai für eine «Endlösung der Zigeunerfrage» Stimmung machte, erreicht nicht einmal die 1%-Marke.

Frankreich:

Der Front National (FN) – eine der gewichtigsten und am professionellsten organisierten rechtsextremen Parteien Europas – muss vier ihrer bisher sieben Sitze abtreten. Massive finanzielle Probleme, Streitigkeiten über die zukünftige Parteiausrichtung sowie interne Machtkämpfe um die Nachfolge Jean-Marie Le Pens, dem 81-jährigen FN-Aushängeschild, beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit des Front National (FN) und stürzen ihn in eine Vertrauenskrise.

Belgien:

Im rechten Spektrum Belgiens zeigt sich eine Verlagerung vom rechtsextremen Vlaams Belang (VB) hin zur etwas moderateren Newcomerin Lijst Dedecker (LDD). Die rechtspopulistische LDD erbt den verlorenen Sitz des Vlaams Belang, der von 14.3 auf 10.2 Prozent fällt und neu nur noch zwei statt drei Vertreter nach Brüssel schickt.

Österreich:

Nach dem fulminanten Ergebnis bei den österreichischen Nationalratswahlen im Herbst 2008, als das rechte Lager mit fast 30 Prozent Stimmenanteil überraschte (FPÖ 17.5, BZÖ 10.7), bleiben die beiden Parteien diesmal weit hinter ihren Erwartungen zurück. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) verdoppelt zwar ihre Mandate im Europaparlament von einem auf zwei. Zusammen mit dem Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) erreichen sie diesmal jedoch «nur» knapp 18 Prozent. Das BZÖ, 2005 vom inzwischen verstorbenen Jörg Haider gegründet, erringt hingegen keinen Sitz.

Im Hass vereint

Roma als Sündenböcke der europäischen Rechten

Im Vorfeld der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit vom 8. Februar 2009 wurde in der schweizerischen Öffentlichkeit der Hass auf die Roma geschürt. Die Schweizerische Volkspartei, die Schweizer Demokraten und die Lega Ticinesi warnten vor einer bevorstehenden «Roma Schwemme», vor rumänischen Diebesbanden und vor kriminellen «Roma-Sippen» welche nach einer Öffnung der Grenzen brandschatzend durchs Land ziehen würden. Das Stigma des vergewaltigenden,

Beide Mythen, derjenige des «ewigen Juden» und des «herumziehenden Zigeuners» beruhen auf dem Vorwurf einer antichristlichen «Erb-schuld». Die Diskriminierung aufgrund rassistischer Merkmale erreichte während des Zweiten Weltkriegs einen traurigen Höhepunkt. Im NS-Regime galten Sinti und Roma als «minderwertige Rasse» und angebliche Komplizen des «jüdischen Bolschewismus» weshalb sie systematisch verfolgt und ermordet wurden.

Pflegeeltern» übergeben wurden. Wenn Roma-Familien ihre Kinder zurückzuholen versuchten, wurden sie des Kinderdiebstahls bezichtigt. Dass den Roma die Kinder gestohlen wurde – und nicht umgekehrt – war auch in der Schweiz lange eine gängige Praxis. Bis in die 1970er-Jahre wurden den «Fahrenden» die Kinder entrissen, um diese zu Sesshaften zu machen. Hinter der Kindswegnahme stand das «Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse», das 1926 unter dem Dach der Pro Juventute gegrün-



«Damit Italien die Schande der Rassengesetze nicht vergisst»

stehlenden, falschen Roma teilt die Extreme Rechte ganz Europas und mit ihre breite Bevölkerungsschichten von Gibraltar bis Moskau. Ein Stigma, dass rechtskonservative und rechtsextreme Gruppen und Parteien geschickt für eigene, innenpolitische Anliegen zu nutzen wissen.

Lange Tradition der Diskriminierung

Die Roma dienen als Projektionsfläche diffuser Ängste breiter Bevölkerungsschichten. Ihre Stigmatisierung hat eine lange Tradition. Seit dem Frühmittelalter – so lange liegt die Einwanderung ihrer Vorfahren ins heutige Europa zurück – sind die Roma mit dem Etikett des «gefährlichen Fremden» behaftet. Das Bild des herumstreunenden «Zigeuners» der Kinder stehle und die Arbeit verweigere, der einen Pakt mit dem Teufel geschlossen habe und Spionage betreibt hält sich hartnäckig und bildet bis heute den Nährboden für die Diskriminierung, Vertreibung und Ermordung von Romas. Auffällig sind dabei die Parallelen zum Antisemitismus. Der Hass gegen die Roma setzt sich – ähnlich wie beim Antisemitismus – aus religiösen, sozialen und rassistischen Vorurteilen zusammen. Juden wie Romas wurden bereits im Mittelalter für den Ausbruch von Pest, Cholera und Rattenplagen verantwortlich gemacht.

Kinderraub

Viele Vorurteile gegen Roma sind Jahrhunderterte alt und halten sich in immer neuen Ausführungen bis heute. So auch die Legende vom Kinderraub. Dieses Mär führte in Neapel jüngst zu pogromartigen Zuständen: In der Nacht zum 13. Mai 2008 wurde eine Roma-Siedlung in Neapel von aufgebrachten Anwohnerinnen und Anwohnern mit Molotow-Cocktails angegriffen. Die Roma wurden so massiv bedroht, dass diese mit Polizeischutz in Sicherheit gebracht werden mussten. Die verlassen Barracken wurden anschliessend vom wütenden Mob in Brand gesteckt. Vorausgegangen waren diesem rassistisch motivierten Pogrom eine politische und mediale Hetze gegen die Roma in der Stadt. So behauptete eine italienische Frau in Zeitungen und Fernsehen, eine 16-Jährige Romni hätte versucht, ihr Neugeborenes aus der Wohnung zu entführen. Diese Geschichte wurde von den Medien aufgebläht und skandalisiert.

Damit wurde ein Klischee bedient, das seinen Ursprung bereits in der Zwangsassimilierungspolitik der österreichischen Erzherzogin Maria-Theresias (1717-1780) hat. Eine Verordnung sah damals vor, dass Roma-Kinder der Aufsicht ihrer Eltern entzogen und der Obhut «christlicher

det worden war. So wurden den Romas systematisch die Kinder geraubt und gleichzeitig wurden sie Opfer des Vorurteils, Kinderräuber zu sein.

Kultur des Hasses

Das Pogrom von Neapel im Mai 2008 ist ein Übergriff unter vielen. Er reiht sich ein in eine lange Kette von Diskriminierung, Ghettosierung, Gewalt, Vertreibung und Ermordung der Roma in Europa. In Italien ist die öffentliche Hetze spätestens seit dem Wahlkampf 2008 zu einem wichtigen innenpolitischen Programm der Berlusconi-Regierung geworden. «Null Toleranz gegenüber kriminellen Ausländern» lautet die Devise. Gezielte Durchsuchungen von Roma-Siedlungen in Rom, Verona und anderen Grossstädten schüren das Bild des «kriminellen Zigeuners» weiter. Einige dieser Siedlungen – in denen slumähnliche Zustände herrschen – werden geräumt und dem Erdboden gleichgemacht. Seit Juli 2008 werden dort systematisch die Fingerabdrücke der Romas gespeichert; auch die der Kindern. Damit soll angeblich die «Strassenkriminalität und illegale Einwanderung» besser bekämpft werden können. Diese Massnahmen entbehren jeder rechtsstaatlichen Grundlage, sie sind diskriminierend und schüren nur weitere Ängste. So werden auch



rechtsextreme Bürgerwehren und Schlägertrupps immer häufiger. Diese ziehen des Nachts als verummte Truppen durch die Stadtrandviertel und überfallen mutmassliche Roma mit Baseballschlägern und Messern. Sie sind die Speerspitze eines breiten gesellschaftlichen Konsens in Italien, der Romas als Problem wahrnimmt, das es drakonisch auszumerzen gilt.

Eine Diskriminierung der Roma existiert in ganz Europa; dies gilt insbesondere für osteuropäische Staaten. Dort werden viele Roma in ihrem Alltag direkt an Leib und Leben bedroht. So etwa in Ungarn, wo in den letzten zwei Jahren mindestens acht Roma ermordet worden sind. Diese Morde glichen regelrechten Hinrichtungen. So wurde im Februar 2009 das Haus einer Roma-Familie in Tatarszentgyörgy südlich von Budapest angezündet. Als der

27-jährige Vater mit seinem vierjährigen Sohn aus den Flammen flüchtete, erschoss einer der Täter die beiden Flüchtenden mit der Schrotflinte. Zwei Monate später wurde eine 45-jährige Roma-Frau von unbekannten Tätern im Ort Kisleta erschossen. Sie wurde im Schlaf mit Schüssen aus einer Doppelflinte hingerichtet, ihre dreizehnjährige Tochter beim Angriff durch Schüsse schwer verletzt. Innerhalb zweier Jahre kam es in Ungarn zu 54 schweren Angriffen gegen Roma wobei in sieben Fällen Molotow-Cocktails geworfen wurden. Der Philosoph und frühere antikommunistische Bürgerrechtler Gaspar Miklos Tamas stellt angesichts solcher Verbrechen eine düstere Diagnose: «Das Eis der Zivilisation ist in Ungarn dünn. Es bricht gerade ein.» (WOZ, 11.6.2009) Gaspar Miklos Tamas meint damit auch den Aufstieg der

«Ungarischen Garde» (Magyar Garda) in Ungarn. Diese paramilitärische Truppe wurde 2007 von der rechtsextremen Partei Jobbik («Bewegung für ein besseres Ungarn») als «Kulturorganisation» ins Leben gerufen. Sie marschierte uniformiert durch Roma-Siedlungen, hetzte gegen Juden und Homosexuelle und trug das Emblem der faschistischen Pfeilkreuzler als Symbol. Trotzdem – oder gerade deshalb – genoss diese Bewegung einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung und zwei Jahre nach seiner Gründung bereits über 5000 Mitglieder. Die Partei Jobbik hatte bei den Wahlen fürs Europaparlament 2005 15 Prozent der Stimmen erzielt und entsandte damit drei Abgeordnete nach Strassbourg. Im Juli 2009 wurde die Ungarische Garde nun rechtskräftig verboten, was die Betroffenen aber nicht davon abhielt sich auch weiterhin zu organi-

sieren und Aufmärsche durchzuführen.

Soziale Probleme der Roma

In Europa leben rund acht Millionen Sinti und Roma, die Mehrheit davon im östlichen Mittel- und Südosteuropa. Roma-Gemeinschaften in ganz Europa leiden unter massiver Diskriminierung. Es werden ihnen ihre Rechte auf Wohnen, Arbeit, medizinische Versorgung und Ausbildung verweigert. In der Slowakei etwa beträgt die Arbeitslosigkeit unter Roma in manchen Regionen bis zu neunzig Prozent. Armut ist weitverbreitet und treibt viele in die Kriminalität, den Drogenhandel und die Prostitution. Oft werden sie Opfer von Zwangsumsiedlungen und Misshandlungen durch die Polizei. In manchen Ländern wird den Roma auch die Staatsbürgerschaft verweigert und sie

haben keine Dokumente, die ihnen Zugang zu Sozialleistungen ermöglichen. Roma-Kinder werden nicht oder schlecht ins öffentliche Schulsystem integriert, was ihre Zukunftsperspektiven massiv schmälert und eine Chancengleichheit verunmöglichlicht. Eine erfolgreiche soziale Integration kann nur über die Gleichberechtigung im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt gelingen.

Ein totgeschwiegenes Problem

Überblick über Rechtsextremismus in Polen

Ein Bildungsminister, welcher Patriotismus an Schulen unterrichten will, eine Abgeordnete, welche Angst vor schwulen Teletubbies hat und prügeln Naziskins von «Blood and Honour», dies alles gehört zur extremen Rechten Polens.

In der Schweiz wird der Rechtsextremismus in Polen vorwiegend mit Hooligans in Verbindung gebracht. Dieses Bild stammt jedoch aus den 1990er Jahren, als die Stadien voll waren mit Hooligans, welche ihre Bomberjacke mit dem orangen Futter nach aussen tragen mussten, da ihre Westen voller faschistischer Symbole waren. Heute ist es in den Stadien nicht mehr so populär Neonazi zu sein. Rechtsextreme Ideen sind in der polnischen Gesellschaft jedoch weit verbreitet.

Rechtsextreme an der Macht

Der Höhepunkt der extremen Rechten in Polen war die Regierungsbeteiligung der «Liga Poloskich Rodzin» (Liga der polnischen Familie) LPR zwischen 2005 und 2007. Die LPR beruft sich auf die Ideologie der polnischen Rechten in der Zwischenkriegszeit. Diese besteht aus einer Mischung von antisemitischen, anti-deutschen und klerikalen Ideen. So erklärte der stellvertretende Parteipräsident der LPR, Wojciech Wierzejski, dass der Feind der Polen immer die Deutschen, die Freimaurer und das Judentum gewesen seien. Zudem fordern sie an ihren Parteiversammlungen für alle Lesben und Schwulen Euthanasie oder Vergasung. Euthanasie war die systematische Ermordung von psychisch kranken und behinderten Menschen während des Nationalsozialismus zum Zwecke der Rassenhygiene. Diese Aussage überrascht nicht, da selbst die Zwillingbrüder Kaczynski – Lech ist seit 2005 Präsident von

Polen, sein Bruder Jaroslaw war von 2005-2007 Ministerpräsident – von einer Propaganda der Homosexualität sprechen, von der Polen betroffen sei. Dieses politische Klima führte auch zu den Verboten der Gay-Pride-Demonstrationen in Warschau und Poznan.

Die Homophobie geht so weit, dass die polnische LPR-Abgeordnete Ewa Sowinska im Jahr 2007 durch eine Kommission abklären liess, ob der Tinky Winky, eine Puppe der TV-Baby-Serie Teletubbie, den Kindern zumutbar sei. Da Tinky Winky ein Junge ist, aber eine Handtasche trägt, könnte dies homosexuelle Propaganda darstellen.

Antisemitismus und Homophobie sind in der polnischen Rechten die klassischen Themen. Antieinwanderungs-Kampagnen und antiislamischer Rassismus, die in vielen anderen europäischen Ländern zu den wichtigsten Programmpunkten der rechtsausser Parteien gehören, gewinnen in Polen erst in letzter Zeit an Bedeutung.

So will die LRP alle Ausländer enteignen und alle fernöstlichen Kulturen und Religionen verbieten.

Die LPR verlor die Wahlen 2007 klar und erhielt nur gerade 1.3 Prozent der Stimmen. Ihr Einfluss auf die polnische Gesellschaft besteht jedoch weiterhin, auch weil der zwischenzeitlich abgesetzte Chef Piotr Farfal der staatlichen Fernsehanstalt Telewizja Polska ein LPR-Mitglied ist. Der ehemalige Nazi-Skinhead erreichte diese Stellung, indem er andere rechtsextreme Gruppen aus dem TV-Sender versties. Farfal, der sich laut einem Warschauer Gericht die Bezeichnung «Ex-Neonazi» gefallen lassen muss, wurde erst am ersten Oktober 2009 abgesetzt. Zuvor brauchte es massiven öffentlichen Druck und Boykott-

aufrufe von polnischen Künstlern. So brach auch der Kultursender «Arte» zwischenzeitlich alle Kontakte mit Telewizja Polska ab.

Nach dem Debakel sucht die LPR unter dem Mantel von «Libertas-Polen» den Weg zurück in die Mitte der Gesellschaft. Die Libertas Partei wurde kurz vor den Europawahlen 2009 in verschiedenen EU-Länder gegründet und wird durch den irischen Millionär Declan Ganley unterstützt. Sie konnten jedoch keinen Sitz in Polen gewinnen.

Die grösste Partei der Rechtsregierung bis 2007 und mit 32.1 Prozent inzwischen die grösste Oppositionspartei ist die «Prawo i Sprawiedliwosc»(PiS). Übersetzt bedeutet der Name «Recht und Gerechtigkeit». Führende Köpfe dieser Partei sind die erwähnten Kaczynski-Zwillinge. Die Partei versteht sich als nationalkonservativ. Sie ist eine autoritäre «Law and Order»-Partei, die zwar nicht direkt als rechtsextrem eingestuft werden kann, aber seit der Wahlniederlage immer mehr nach Rechts abdriftet.

Allpolnische Jugend

Die Jugendorganisation der LPR nennt sich «Allpolnische Jugend». Sie haben den Ruf als notorische Schläger. Im Jahr 2006 schockte ein 2004 aufgenommenes Video die polnische Öffentlichkeit. Es zeigt Mitglieder der «Allpolnischen Jugend» in der nordschlesischen Stadt Zabrze, wie sie sich um ein brennendes Hakenkreuz stellen. Es erschallen «Sieg Heil»-Rufe und ein Redner ruft in die Menge: «Es gibt nur einen Weg für das Land – nationaler Sozialismus». Das Brisante daran ist: der Gründer der «Allpolnischen Jugend», Roman Giertych, sass während der Veröffentlichung des Videos als Präsident der LPR in der polni-



Im Hintergrund: Gegendemonstration der Allpolnischen Jugend anlässlich der Gleichheitsparade in Warschau für Toleranz und Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben.

schen Regierung. Er will von der «Allpolnische Jugend» nichts mehr wissen. Zwischen 2006 und 2007 war Giertych stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Volksbildung. Eines seiner Ziele war es, polnischen Patriotismus an allen Schulen zu unterrichten.

Extreme Kleinstpartei

Die Partei «Narodowe Odrozdzienie Polski» (Nationale Wiedergeburt Polens) NOP ist eine kleine Partei, welche offen mit faschistischer und neo-nazistischer Symbolik spielt. Ihre Mitglieder stammen meistens aus der Neonazi-Skinhead-Szene. Sie erreichten bei den letzten Regionalwahlen 0.64 Prozent der Stimmen. Die Ideologie unterscheidet sich nicht erheblich von der LPR, sie agieren jedoch auf einer anderen Ebene. So nahmen sie mit Parolen wie «Gas gegen Queers» und «Es gibt genug Schlagstöcke für jedes Queergesicht» an einer Demonstration gegen eine gleichzeitig stattfinden-

de Kundgebung für mehr Rechte für Schwule, Lesben und Transgender in Torun teil. Auf ihr Konto gehen auch Angriffe auf Romaquartiere, Hakenkreuzsprayerien und «Juden raus»-Graffiti am Haus von Marek Edelman, einem Überlebenden des Aufstandes im Warschauer Getto. 2003 organisierte die NOP ein Sommerlager für Jugendliche. Die Jugendlichen lernten Juden anhand ihrer physischen Erscheinung und «Anarchisten, Pazifisten und andere Schweine welche die weisse Rasse gefährden» anhand deren Kleidung zu erkennen.

2006 riefen sie mit einem Flugblatt die Einwohner von Hrubieszów in Ostpolen auf für die Juden zu beten, damit diese zur richtigen Religion – dem Katholizismus – fänden.

Hate Crimes

Unter diesen Voraussetzungen überrascht es nicht, dass es in Polen viele Verbrechen auf Grund von Hass und Vorurteilen, so genannte Hate-Cri-



mes, gibt. Diese sind jedoch nur schwer zu zählen, da es keine offizielle Statistik gibt. Die antifaschistische Gruppierung «Nigdy Wiecej» (Nie Wieder) zählte in ihrem braunen Buch (Brunatna Księga) 2007 130 solcher Vorfälle. Diese Ereignisse tauchen in den Medien fast nie auf. Die Opfer sind meist ethnische oder religiöse Minderheiten oder jugendliche Angehörige einer alternativen Subkultur. Sie alle haben kaum Zugang zu den Massenmedien, die unter starkem nationalistischen, antisemitischen und antidemokratischen Einfluss stehen. Dazu kommt, dass Hate-Crimes als ein Element von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen überhaupt nicht zum Selbstbild der polnischen Gesellschaft passen. Als 2006 der Angriff auf den obersten Rabbiner Polens bekannt wurde, sorgten sich die Medien mehr um das Image Polens als um die Ursachen dieses Angriffes.

Ein antirassistischer Aktivist wurde am 16. Mai 2006 in der Nähe seines Hauses in Warschau fast zu Tode geprügelt. Sein Name war im «Redwatch-Bereich» der Internetseite des polnischen Ablegers des weltweiten Neonazi-Netzwerkes «Blood and Honour» aufgeführt. Auf dieser Seite werden viele Personen mit Foto und Namen veröffentlicht, die von den Rechtsextremisten als ihre Feinde angesehen werden.

Zwar wurde vorerst wegen versuchten Mordes ermittelt und die Polizei nahm eine von zwei am Vorfall beteiligten Personen und einige Leute, die mit der Redwatch-Seite in Verbindung standen, fest. Doch später erzählten der Innenminister Ludwik Dorn und der nationale Polizeichef Polens, Marek Bienkowski, an einer speziell einberufenen Pressekonferenz, dass es sich bei der Auseinandersetzung um einen persönlichen Konflikt mit reinem Hooligan-Hintergrund handelt. So werden viele Hate-Crimes in Polen abgehandelt. Speziell in diesem Fall war jedoch das grosse Interesse der Medien, was daran lag, dass auch einige Journalisten auf der Redwatch-Liste zu finden sind.

Erzkatholischer Radiosender

Eine wichtige Rolle in der polnischen Rechten spielt die Radiostation «Radio Mariya». Der katholische Sender, welcher bei den Wahlen die PiS und die LPR unterstützte, geriet wegen seinen antisemitischen und fremdenfeindlichen Parolen gar mit dem Vatikan in Konflikt. So forderte der Nuntius die katholische Kirche auf, gegen diesen Sender vorzugehen. Aus dem Umfeld des Senders hiess es, Benedikt XVI habe kein Rückgrat. Das Dritte Reich habe den Deutschen das Rückgrat genommen, was ihnen bis heute nicht mehr gewachsen sei.

Grund für diese Interventionen war vor allem der stark antisemitische Charakter des Radios. So wurde ein Interview mit dem verurteilten Holocaustleugner Dariusz Ratajczak ausgestrahlt, in welchem er meinte Auschwitz sei lediglich ein grosses jüdisches Arbeitslager gewesen und kein Vernichtungslager. Diese und weitere Aussagen, wie der jüdische Weltkongress sei die grösste Firma in der Holocaustindustrie und der Mann aus Judäa will uns von hinten überraschen, führten zu kritischen Berichten des Europarates.

Doch die Kaczynski-Zwillinge bleiben gerne Gast bei diesem Sender. In der Rolle als Ministerpräsident gratulierte 2006 Jaroslaw Kaczynski und lobte das Radio als eine Quelle des «Komforts und der Hoffnung».

Die rechtsextreme LPR verlor alle Sitze im Parlament. Als Regierungspartei konnte sie nicht mehr bei den vielen Unzufriedenen punkten. Dennoch bleiben rechtsextreme Idee – vor allem homophobe und antisemitische – in der polnischen Gesellschaft präsent. Dies vor allem durch die PiS und die Rundfunkanstalt «Radio Mariya».

Arteigene Magyaren

Im Gespräch mit Magdalena Marsovszky

Wie ist die Stimmung in Ungarn nach dem Wahlerfolg der extrem rechten Partei «Jobbik» bei den Europawahlen?

Im ganzen Land herrscht Angst. Es gibt grob gesagt zwei Parallelgesellschaften in Ungarn, eine völkisch-nationale und eine eher kosmopolitische. Beide kommunizieren nicht miteinander, ihre Kulturen unterscheiden sich grundsätzlich. Die völkisch-nationale Seite verkörpert nach ihrem eigenen Selbstverständnis die Nation schlechthin, während sie das kosmopolitische Spektrum für identitätslose Vaterlandsverräter hält. Das führt schon seit längerem zu Aggressionen im Alltag, weshalb es viele in der Öffentlichkeit, etwa in öffentlichen Verkehrsmitteln, nicht mehr wagen, linksliberale Zeitungen zu lesen. Natürlich hat diese angstvolle Stimmung seit dem Wahlerfolg von Jobbik zugenommen. Jobbik bekam fast 15 Prozent der Stimmen, sie könnte aber nach Vorhersagen bald bei 30 Prozent liegen – die Hemmschwelle, die extreme Rechte nicht zu wählen, ist gefallen. Die Angst des eher kosmopolitischen Spektrums ist begründet: Die Völkischen, die sich nicht nur bei Jobbik, sondern auch in der oft als konservativ bezeichneten Partei Fidesz sammeln, kündigen an, die so genannten Vaterlandsverräter nach der erhofften völkischen Wende zu bestrafen. Übrigens haben ironischerweise auch die Völkischen Angst – vor Juden und vor allem, was sie für jüdisch halten.

Was ist «Jobbik» für eine Partei?

Jobbik ist eine militante Partei, die 2003 von Jungakademikern gegründet wurde. Zunächst hat Jobbik mit der älteren Partei MIÉP zusammengearbeitet. MIÉP selbst ist aus dem alten realsozialistischen Kader entstanden; dem Parteichef István Csúka wird sogar nachgesagt – auch wenn das nicht bewiesen ist –, dass er für die ungarische Staatssicherheit gearbeitet haben soll. Jobbik ist eine weitaus modernere Partei. Die Leute von Jobbik sind zum grossen Teil kurz vor der Wende auf die Welt gekommen, Parteichef Gábor Vona ist erst 30 Jahre alt. Nach den Wahlen von 2006, bei denen die MIÉP-Jobbik-Koalition nur zwei Prozent erzielt hat, hat Jobbik sich von MIÉP getrennt. 2007 hat sie dann die paramilitärische Ungarische Garde ins Leben gerufen. Jobbik besteht zu einem guten Teil aus Mitgliedern der jungen Intelligenz, sie hat an Hochschulen, vor allem an der renommierten ELTE-Universität in Budapest, sehr viele Anhänger. Die Listenführerin bei den Europawahlen ist selbst eine Dozentin an der ELTE-Universität, eine Juristin, die früher Mitglied des Komitees für Frauenrechte und des Komitees für Menschenrechte der Vereinten Nationen war; sie heisst Krisztina Morvai.

Und programmatisch?

Jobbik ist mit dem Wahlslogan «Ungarn den Magyaren» ins Europaparlament eingezogen. Die wichtigsten Forderungen sind die Zusammenführung der «arteigenen Magyaren» – dazu gehören auch die ungarischsprachigen Minderheiten in den Nachbarländern –, die Vergabe der ungarischen Staatsbürgerschaft an sämtliche Angehörigen dieser Minderheiten, die «Auslandsmagyaren», und der Kampf gegen «Zigeunerkriminalität». Jobbik ist zudem eine offen antisemitische Partei. Ihr Hass richtet sich nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen als «jüdisch» bezeichnete Liberale, darunter die Partei SZDSZ, sowie gegen «jüdische» Bolschewiken, zu denen sie auch die sozialdemokratische Partei MSZP zählt. Die MSZP bildet ihrer Ansicht nach eine «verjudete Regierung». Krisztina Morvai hat im September 2008 bei einer Demonstration gegen angeblichen «Magyarenhass» ausdrücklich gesagt: «Mein letzter Rat an die liberalen Bolschewik-Zionisten, die unser Land ausrauben, ist, sich damit zu beschäftigen, wohin sie fliehen und wo sie sich verstecken können. Es gibt keine Gnade.»

Sie sagen, Völkische fänden sich auch bei «Fidesz»...

So ist es. Die grosse Partei Fidesz, die bei den Europawahlen weit über 50 Prozent erhalten hat, wird in ausländischen Medien nur sehr selten als extrem rechts völkisch bezeichnet, weil sie Mitglied der Europäischen Volkspartei ist. Fidesz-Chef Viktor Orbán ist EVP-Vizepräsident. Fidesz vermischt extrem rechte Positionen sehr geschickt mit rechtspopulistischen Standpunkten, so dass der eindeutige Nachweis über ihren Rechtsextremismus oft sehr schwerfällt. Fidesz grenzt sich zwar auf der rhetorischen Ebene halbherzig von Jobbik ab, aber auf der kommunalen Ebene koalieren beide Parteien vielfach miteinander, in bis zu 100 Fällen. Manche Fidesz-Mitglieder äussern sich eindeutig antisemitisch und rassistisch, wobei sich ihr Hass etwas verklausulierter äussert. Orbán selbst spricht von «arteigenen Magyaren», und die geplante Einführung des «three strikes law», das nach US-amerikanischem Vorbild rückfällige Straftäter härter bestrafen soll, richtet sich eindeutig gegen die «Roma-Straftäter», vor denen er warnt. Viele Fidesz-Politiker arbeiten mit antisemitisch konnotierten Dichotomien wie «gut»-«böse», «hell»-«dunkel», «Engel»-«Satan». Wichtige Themen, die Fidesz – im Unterschied zu Jobbik – weniger direkt ausspricht, sondern über die Fidesz nahen Medien kommunizieren lässt, sind auch die Rückverstaatlichung von privatisiertem Eigentum oder die Verweigerung der Schuldentilgung gegenüber der EU. Die EU-Kritik von Fidesz ist eindeutig antisemitisch konnotiert und sehr

stark mit der Jobbik-Argumentation kompatibel. Fidesz denkt ausserdem in Kategorien von «Grossungarn». Ich meine, dass Fidesz in hohem Mass dafür verantwortlich ist, dass die rechtsextreme Szene in Ungarn zu einer relevanten politischen Kraft wurde.

Zu den bekanntesten Organisationen der extremen Rechten in Ungarn gehört die «Ungarische Garde». Wie stark ist sie?

Sie wird immer stärker. Die Ungarische Garde ist im August 2007 von Jobbik gegründet worden. Sie bezeichnet sich selbst als «Wehrgarde», die ins Leben gerufen worden sei, weil «das Magyarentum wehrlos dastehe». Im August 2007 sind die ersten 56 Mitglieder der Garde vereidigt worden, und zwar direkt unter den Fenstern des Präsidentenpalais. Staatspräsident Laszlo Solyom hat sich dazu überhaupt nicht geäussert. Bereits am 20. Oktober 2007 marschierten zehnmal so viele Gardisten auf. Inzwischen hat die Ungarische Garde beinahe 3'000 Mitglieder und unzählige Anhänger. Zu ihren Mitgliedern gehören auch Kinder, sie werden «Kadetten» genannt.

Besteht die Garde als «Wehrgarde» nur aus Männern?

Nein, auch Frauen sind dabei. Sie unterstützen die völkischen Strukturen sehr tatkräftig. Ein Wahlslogan von Jobbik bezog sich ausdrücklich darauf, dass die Spitzenkandidatin eine Frau war. Es war ein Wortspiel, das wegen der Doppelbedeutung des ungarischen Wortes «nö» – es kann «Frau» und auch «wächst» heissen – zweierlei ausdrücken kann: «Unsere Macht wächst» oder «In der Frau liegt unsere Macht».

Nun ist die «Garde» doch aber verboten worden...

Anfang Juli hat ein Gericht sie in zweiter Instanz tatsächlich rechtskräftig verboten. Daraufhin gab es eine Protestkundgebung mehrerer tausend Gardemitglieder und Sympathisanten im Zentrum von Budapest. Jobbik-Chef Vona, der auch Anführer der Garde ist, hat schon vorher immer wieder erklärt, die Garde lasse sich nicht verbieten, weil sie ein elementares Bedürfnis der Nation decke. So existiert sie weiter. Angeblich tragen sie jetzt statt ihrer Gardendjacke eine Gardenweste. Übrigens: Einer der drei neu ins Europaparlament eingezogenen Jobbik-Abgeordneten ist zur ersten Sitzung in der Tracht der Garde erschienen. Kürzlich hat der ehemalige Justizminister Dr. Péter Bándy, ein aufrechter Demokrat, die Befürchtung geäussert, es werde zu einer völkischen Erhebung führen, wenn man das Verbot der Gardedurchsetze – ihre Verankerung in der Bevölkerung sei schon zu stark.

Es gibt in Ungarn immer wieder Überfälle auf Minderhei-

lautstark! empfiehlt





ten, vor allem auf Roma. Sind das Attacken organisierter Gewalttäter, etwa von Gardisten, oder handelt es sich schon um spontane völkische Gewalt?

Ich fürchte, es ist das zweite. Die Angriffe entspringen tatsächlich einem Bedürfnis der völkischen Mehrheit der ungarischen Gesellschaft, die die Attacken als «Reinigung» begreift. Sie haben einen spezifischen ideologischen Hintergrund, den man sich mit einem gemeinsamen Nenner der ungarischen Rechten begreiflich machen kann. Die ungarische Rechte fühlt sich einem «Geist der Heiligen Ungarischen Krone» verbunden. Die Mitglieder der Ungarischen Garde etwa legen ihren Eid auf die «Heilige Ungarische Krone» ab. Es werden immer wieder völkische Gebetsrituale für die «Seelenrettung des Magyarentums» und für die Nation abgehalten – stets im Namen der «Heiligen Ungarischen Krone». Ein religiös-messianisches Element ist in Ungarn überhaupt nicht neu, es war schon zwischen den Weltkriegen Teil der hungaristischen Weltanschauung. Heute gibt es solche gross angelegten Feiern inmitten von Budapest, etwa auf dem Heldenplatz, wieder. In diesen Gebeten für die Seelen der Magyaren und für die Nation mischen sich Elemente von Gottesdiensten der christlichen Kirchen mit altmagyarischen Ritualen. Es handelt sich quasi um rituelle Reinigungsakte, in denen die völkisch gedachte Nation von ihren «inneren Feinden» im Geiste gesäubert wird. Das kann letztlich in physischen Angriffe münden, bei denen Menschen ihr eigenes Leben riskieren, um diese rituellen Reinigungsakte dann auch tatsächlich zu vollziehen. Zumeist werden dabei Roma angegriffen, aber nicht nur. Auch Menschen, die sich zur jüdischen Identität bekennen, sind Ziel von Attacken. Kürzlich wurde ein Rabbiner angegriffen sowie ein Mann, der mit Kippa auf der Straße unterwegs war. In den letzten Jahren wurden immer wieder auch sozialliberale Politiker und Journalisten angegriffen, manche bewusstlos geschlagen. Da sie als «verjudet» angesehen werden, würde ich diese Angriffe auch unter Rassismus abbuchen. Übrigens: Zurzeit wird der erste «Tempel des Magyarentums» gebaut, in Veröce, wo auch das völkische Kulturfestival «Magyarische Insel» stattfindet. Er soll den Namen «Tempel Karpatenheimat» tragen. Die Grundsteinlegung hat schon stattgefunden. Der Tempel wird ehrenamtlich gebaut, und das Grundstück hat die völkische Stiftung Julianusgekauft, in der der Bürgermeister mitarbeitet.

Warum ist der extremen Rechten denn ausgerechnet in Ungarn der Durchbruch gelungen?

Durchbruch ist eigentlich nicht der richtige Ausdruck. Das Ungarische kennt einen besseren Begriff: Rechtsschub. Der Rechtsschub hat mit dem völkischen Denken zu tun, das in Ungarn parallel zum deutschen völkischen Denken entstand. Das ungarische völkische Denken geht wie das deutsche völkische Denken zum Teil auf die Aufklärung, vor allem aber auf Herder und die deutsche

Romantik zurück. Es ist ethnisch-organisch geprägt. Man behauptet, es gebe ein ethnisch homogenes Magyarentum, und bestimmt die Zugehörigkeit zur Nation aufgrund der kulturellen und «blutlichen» Abstammung. Solche Gedanken gingen in Ungarn schon vor dem Ersten Weltkrieg mit der Ablehnung des westlichen Einflusses, des Liberalismus und des Kapitalismus einher, vor allem aber auch mit Antisemitismus – ganz genau wie in Deutschland. Allerdings drückte sich die Ablehnung fremder Einflüsse, die sich in Deutschland vor allem gegen Frankreich richtete, in Ungarn als Ablehnung deutschen Einflusses aus. Die ungarische völkische Bewegung war antideutsch orientiert, weshalb das Missverständnis aufkam, sie sei eine antifaschistische Bewegung gewesen, was natürlich nicht stimmt. Trotz allem haben die deutsche und die ungarische völkische Bewegung – die Antisemiten in beiden Ländern – schon um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert kooperiert, es waren parallele Bewegungen mit ähnlichem Gedankengut, die sich wohl auch gegenseitig befruchtet haben.

Ist das nicht alles nur noch Geschichte?

Nein. Das völkische Denken, das auch in Ungarn die Grundlage für die Verfolgung von Juden, Roma und Homosexuellen bis hin zur Beteiligung am Holocaust bildete, verschwand im Realsozialismus nicht. Damals wurde zwar offiziell ein universalistisches Denken propagiert, zugleich aber bestärkte die Sowjetunion mit ihrer Kulturpolitik die ethnizistische Ideologie. Es ist deshalb kein Wunder, dass das völkische Denken nach der Wende mit elementarer Kraft um sich greifen und die demokratischen Kräfte, die zuvor schwach, aber immerhin vorhanden waren, völlig erdrücken konnte. Das ist der aktuelle Rechtsschub. Übrigens wirkt sich auch die alte Kooperation der ungarischen und der deutschen völkischen Bewegung noch bis heute aus. Die ebenfalls verbotene, aber weiter existierende Organisation Blood & Honour Hungaria etwa feiert explizit die gute Zusammenarbeit zwischen ungarischen und deutschen Truppen im Zweiten Weltkrieg. Und am 11. Februar gab es grosse Feierlichkeiten zum Gedenken an den Ausbruch von Soldaten beider Länder aus dem Budaer Burgberg im Jahr 1945 auf dem Heldenplatz. Nebenbei: Auch in der Budaer Burg wurde «der Verteidiger der Stadt» gedacht, in einem Stadtbezirk, der von Fidesz regiert wird, und der Bürgermeister, Gábor Tamás Nagy, verneigte sich symbolisch vor denen, die sich für «ihre Kameraden und ihre Heimat opferten».

Die Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky publiziert seit Jahren über die Entwicklung der extremen Rechten in Ungarn. Insbesondere über die Bedeutung der völkischen Ideologie für den aktuellen Rechtsschub im Land.

Das Interview mit Magdalena Marsovszky wurde uns freundlicherweise von der LOTTA zur Verfügung gestellt. Vielen Dank.

Rechts-Rock-Paradieses

Veneto Fronte Skinheads

Die Rechts-Rock-Szene Norditaliens lockt jährlich mit internationalen Bands mehrere tausend Personen an. Beinahe unbehelligt von Justiz, Polizei und Antifas finden in der Region Veneto zurzeit wohl die bestbesuchten Neonazi-Konzerte in Westeuropa statt. Die in regelmässigen Abständen stattfindenden Festivals werden insbesondere durch die Veneto Fronte Skinheads organisiert und teilweise bereits mehrere Monate zum Voraus öffentlich angekündigt.

Die Schweiz genoss in der Extremen Rechten einst – nicht zu unrecht – den Ruf eines Konzertparadieses. In der Deutschschweiz waren Veranstaltungen mit internationalem Line-up und vierstelligen Besucherzahlen keine Seltenheit. Öffentlicher Druck, rechtliche Anpassungen und nicht zuletzt antifaschistische Interventionen haben dazu beigetragen, dass sich die Situation verändert hat. Die Anzahl der durchgeführten Konzerte ist zurückgegangen und die Besucherzahlen sind geschrumpft. Anders präsentiert sich die Situation in Norditalien: Der liberale Umgang mit Konzerten der Extremen Rechten durch Politik, Polizei und Justiz führt dazu, dass in regelmässigen Abständen Grossanlässe durchgeführt werden können. Da erstaunt es nicht, dass auch Schweizer Bands für Konzerte in Italien gebucht werden. Die aus Lugano stammende Band The Bombers hat nach eigener Aussage die meisten ihrer Auftritte an Veranstaltungen der Veneto Fronte Skinheads (VFS) durchgeführt. Die Mitglieder der Band um den Sänger Ercolino fühlen sich aber nicht nur deshalb stark mit Italien verbunden, wie sie jüngst in einem Videointerview bekundet haben: «Wir haben einen engen Bezug zu Italien wegen der Sprache, der Kultur und der Mentalität.» Die Bandmitglieder verstehen sich als Teil der länderübergreifenden Rechten – «Kameradschaft und Brüderlichkeit muss europäisch sein».

Den Gedanken des europaweiten Schulterchlusses leben die Mitglieder der VFS seit über 20 Jahren und praktizieren die länderübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen von unzähligen Veranstaltungen und Konzerten. Gegründet wurden Veneto Fronte Skinheads 1986 von Piero Puschiavo und Ilo Da Deppo. Seit 1990 verfügen die VFS über den Status einer offiziellen Kulturvereinigung. Mit dem Jahrtausendwechsel treten die VFS vermehrt auch politisch auf, was sich beispielsweise in der Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Fiamma Tricolore zeigt. 2004 tritt Puschiavo der Partei bei und übt eine leitende Funktion innerhalb der Fiamma Tricolore aus. Die rechtsextreme Partei bezieht sich offen positiv auf den historischen

Faschismus in Italien und würdigt insbesondere die angeblich sozialen Leistungen als Wohlfahrtsstaat. Entstanden ist die Partei als Abspaltung der Alleanza Nazionale, als Protest gegen deren vermeintlich gemässigten Kurs. Begründer der Partei ist Pino Rauti, einer der zentralen Akteure des italienischen Nachkriegsfaschismus und Gründer der Organisation Ordine Nuovo, die sich für eine Reihe von Bombenanschlägen verantwortlich zeichnet, die eine Vielzahl von Todesopfern gefordert haben. Luca Romagnoli, Nachfolger von Rauti als Vorsitzender der Partei, antwortete einst in einem Interview auf die Frage der Existenz von Gaskammern in Auschwitz damit, dass er «nicht die Mittel habe, die zu bestätigen oder zu negieren».

Aktueller Präsident der VFS ist Giordano Caracino. Er beschreibt die VFS als regionale Organisation, deren Aktionsgebiet vor allem die Region Veneto sei. Als verbindendes Element zwischen den einzelnen Mitgliedern nennt er gemeinsame Werte. Das Hauptaktionsfeld der VFS sieht er weiterhin in der Veranstaltung von Konzerten. «In unserer Skinheadbewegung ist für unsere Anhänger der musikalische Aspekt sehr wichtig, aber auch für die Gruppe selbst.» Als zweites Standbein nennt er die Vermittlung von Inhalten mittels «politischen Aktivitäten wie Demos und Konferenzen».

Der alljährliche Konzertplan der VFS besteht unter anderem aus einem Oster- und einem Sommerfest und den in regelmässigen Abständen stattfindenden Anlässen zu Ehren

den, Kroatien, Tschechien oder der Schweiz nach Norditalien. Aufgespielt haben damals folgende Bands: Dolomia, La Peggio Gioventu, Generazione 80, Strappo, Stevie, Legittima Offesa, Armco, The Bombers, Ultimatum, Mas Que Palabras, Ultima Frontiera, Faust, Warlord, SPQR, Noie Werte und Gesta Bellica. Drei weitere Bands die angekündigt waren – Blitzkrieg, Mistreat and ZetaZeroAlfa – spielten hingegen nicht. Neben den VFS zeichnete sich die Unione Skinhead Girl Italia (U.S.G.I.) für die Durchführung des Festivals verantwortlich.

2008 wurde in Verona ein junger Mann von fünf Rechtsextremen verprügelt. Auslöser war, dass er den Tätern auf deren Bitte hin eine Zigarette verweigert hatte. Das Opfer starb drei Tage später an seinen schweren Verletzungen. Zum Zeitpunkt des Überfalls wurde Verona durch den Lega Nord Politiker Flavio Tosi regiert. Noch kurz vor seiner Wahl 2007 war Tosi wegen Aufstachelung zu Rassenhass verurteilt worden. Das Verdikt wurde jedoch später aufgehoben. Tosis politische Programm setzt insbesondere auf die Schlagworte Sicherheit und Kampf gegen illegale Einwanderung. Er wird dabei im Speziellen von der Fiamma Tricolore unterstützt. Der brutale Mord ist kein Einzelfall. In dem in Verona vorherrschenden politischen Klima kommt es immer wieder zu rechtsextrem motivierten Gewalttaten. Einem der Täter konnten Verbindungen zu den VFS nachgewiesen werden, was die offizielle als Kulturvereinigung tätige Organisation in die öffentlichen Debatten über den



Konzert der Veneto Fronte Skinheads

von Ian Stuart Donaldson sowie den Ritorno a Camelot-Festivals. Die Dimension der Konzerte lässt sich anhand der vierten Ausgabe des Ritorno a Camelot anlässlich des 20jährigen Jubiläums der VFS aufzeigen. Das Festival erstreckte sich anfangs September 2006 über drei Tage und wurde von rund 2000 Personen besucht. Die Konzerbesucherinnen und -besucher reisten beispielsweise aus Deutschland, Grossbritannien, Spanien, den Niederlan-

tragischen Vorfall brachte. Dies veranlasste Caracino im Vorfeld des Juli 2008 angesetzten Veneto Sommerfests zur Publikation einer Stellungnahme. Darin spricht er von einer «Hetzkampagne», die nach dem Mord in Verona gegen die VFS und die «gesamte radikale Rechte» geführt werde. Weiter sei es nach einer Dokumentation über Rechts-Rock zu «Hasstiraden» gegen die Rechte gekommen. Caracino sieht die Früchte der jahrelangen Arbeit



Mitglieder der VFS am Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel

Tschechien

Faschismus und Antifaschismus in Prag

der VFS in Gefahr, wenn er schreibt: «Wie ihr alle gut wisst war Italien immer eine ziemlich glückliche Insel um Konzerte und Versammlungen abzuhalten, vor allem im Veneto, wo die Ordnungskräfte nicht einmal erschienen um zu sehen was bei unseren Konzerten passiert.» Davon, dass der brutale Mord in Verona ebenfalls ein Teil der Ernte ist, will Caracino natürlich nichts wissen. Denn durch Rechts-Rock werden Früchte wie Hass und Gewalt kultiviert. In Kombination mit dem in der Region vorhandenen politischen Klima erstaunt es nicht, dass es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen kommt. Stattdessen ruft Caracino dazu auf, nicht wie üblich bereits mehrere Tage vor dem eigentlichen Konzert nach Italien zu reisen und die Städte in der Nähe des Festivals zu meiden. Denn «leider wird die Luft sehr dünn und je weniger Aufsehen wir erregen, desto besser ist es. Wissen, dass eine so erfreuliche Situation wie in Italien, wo man noch grosse Veranstaltungen auf die Beine stellen kann, ohne dass die Ordnungshüter einem den Arsch aufreissen, von gemeinsamen Interesse für alle, auch auf europäischer Ebene ist».

Das Sommerfest wurde schliesslich von rund 2000 Personen besucht. Gespielt haben – wie für diese Art von Anlass typisch – eine grosse Anzahl von Bands: Still Burnin` Youth, Civil Disorder, Ultimatum, Krátky Proces, Preserve White Aryans und Hate for Breakfast. Zusätzlich hatte Kraftschlag einen Auftritt, jedoch in einer etwas anderen Besetzung als üblich: Mit dabei waren Alex und Cedric Rohrbach von Indi-

ziert sowie der Ex-PNOSler Mario Friso.

In Italien herrscht vielerorts ein politisches und kulturelles Klima, in dem Intoleranz und Hass gut gedeihen können. Tosi ist beispielsweise der Ansicht, dass der 2008 in Verona verübte Mord nichts mit Politik zu tun habe: «Der Angriff richtete sich nicht gegen die Linke. Die Täter waren eine Gruppe von Schwachsinnigen.» Mit Aussagen wie dieser werden nicht nur Gruppierungen wie die VFS verharmlost, sondern sie werden zusätzlich gestärkt. In Italien fürchten sich Politiker auch nicht davor, infolge der Zusammenarbeit mit offen nazistisch oder faschistisch auftretenden Organisationen geächtet zu werden oder dass sie durch bestimmte Aussagen ihre Politikkarriere riskieren würden. Ulrich Ladurner, aussenpolitischer Redakteur der Wochenzeitung Die Zeit, äusserte sich dazu folgendermassen: «Wer aus faschistischer Tradition kommt, der muss nicht befürchten, dass es für seine Karriere allzu schädlich wäre. Im Gegenteil, es kann sogar nicht schaden, einmal Faschist gewesen zu sein, da viele Menschen Mussolini als grossen Italiener sehen, der es eigentlich gut meinte, nur leider von Hitler verführt wurde».

Seit über 20 Jahren organisieren die VFS mehr oder weniger unbehelligt Rechts-Rocks-Konzerte und nutzen dabei die guten Verbindungen zur Extremen Rechten in ganz Europa und dem Blood & Honour Netzwerk. Und die Luft ist mitnichten dünn geworden, in einem politischen Klima, das weder Rassismus noch Faschismus ächtet.

Faschismus in Tschechien hat viele Gesichter. Angefangen bei den brutalen Übergriffen durch faschistische Schläger bis hin zum Alltagsrassismus und der Rekrutierung von Neonazis durch die tschechische Partei «Delnicka Strana» (Arbeiterpartei). Besonders Antifas sind immer wieder Zielscheibe rechtsextremer Gewaltagitatio-
nen. Die Antifaschistische Aktion Prag setzt sich seit langem erfolgreich gegen Faschismus in Tschechien zur Wehr und hat in den letzten Jahren einen spannenden Strategiewandel durch-
laufen.¹

Massive Übergriffe von Faschistinnen und Faschisten auf Antifas gehören in Tschechien seit zwanzig Jahren zur Tagesordnung. In diesem Zeitraum wurden rund zwanzig Personen Opfer faschistischer Übergriffe mit tödlichem Ausgang. Auch an Antifa-Solikonzerten wird immer mit Angriffen gerechnet – die Leute sind jeweils vorbereitet. Neben der Strasse und den Veranstaltungen versucht man den Linken auch die Räume zu nehmen. Jüngstes Beispiel ist die Räumung des letzten besetzten Hauses in der Tschechischen Republik Milada. Milada wurde im Juni 2009 nach elf Jahren Besetzung von einer Security-Firma geräumt, deren Mitarbeiter vor allem aus der rechtsextremen Szene stammen, wie gründliche Recherchen der «Antifaschistischen Aktion (AFA) Prag» ergaben. In einem Überblick über die faschistische Szene in der Tschechischen Republik, verfasst von der AFA Prag, wird der harte Kern von aktiven Faschistinnen und Faschisten auf 500-800 Personen und das rechtsextreme Umfeld auf rund 5'000 bis 7'000 Personen geschätzt. Noch nicht in die Rechnung eingeschlossen sind hier die über 10'000 Wählerinnen und Wähler rechter Parteien, welche die rechtsextreme Szene in Tschechien weitgehend tragen. Bei den aktiven Faschistinnen und Faschisten lassen sich wiederum zwei Gruppierungen unterscheiden.

Die einen, welche die Politik mit einer legalen oder halb-legalen Struktur beeinflussen wollen; wie beispielsweise die «Narodni Alliance» (Nationalistische Allianz) oder die «Vlastenecka Fronta» (Patriotische Front). Diese bezeichnen sich selbst (ähnlich wie die PNOS in der Schweiz) nicht als faschistisch, sondern als patriotisch. Allerdings sind ihre Reden an Demonstrationen, Gedenkfeiern (z.B. Hitlers Geburtstag) und sonstigen Anlässen geprägt von verbalen Angriffen gegen ethnische Minderheiten und der Holocaust wird zur Lüge erklärt. Die einflussreichste Partei der faschistischen Bewegung in der Tschechischen Republik ist die «Delnická Strana» (Arbeiterpartei). Sie sagt von sich selbst, sie hätten nichts mit der faschistischen Bewegung zu tun – aller-

dings haben sie angefangen, junge Faschistinnen und Faschisten in ihre Partei zu rekrutieren. Dadurch ist die Unterstützung der Partei durch die Bewegung enorm gestiegen. Gleichzeitig ist die Partei auch für die Medien interessanter geworden. Das Hauptthema der Arbeiterpartei ist die Anti-Roma-Politik (vgl. Artikel Seite 2 «Im Hass vereint»). Sie stellt sich gegen die «positive Diskriminierung»² der Roma in der Tschechischen Republik. Obwohl es «diese Diskriminierung» im Bezug auf Roma in der Tschechischen Republik kaum gibt.

Die andere, die «illegale Gruppe» kommt aus den Subkulturen der Boneheads und Hooligans und agiert in losen Street-Gangs und Aktionsgruppen. Die bekanntesten hiervon sind die Gruppen «Narodni Odpor» (Nationaler Widerstand) und die Autonomen Nationalisten «Narodni Odpor», die sich laut eigenen Aussa-



gen auf ihrer Webseite nach dem Vorbild der SA auf den Rassenkampf vorbereitet. In der Öffentlichkeit bezeichnen sich die Mitglieder der Gruppe als «radikale Freiheitskämpfer». Alles in allem gilt die faschistische Szene Tschechiens in der internationalen Neonaziszene als besonders bedeutsam. So bezeichnet zum Beispiel der bekannte Blood&Honour Aktivist «Max Hammer» die Tschechische Republik als das verheissene Land der Arier.

Die AFA Prag

Bis 2007 setzte die AFA ihren Schwerpunkt vor allem auf Gegendemonstrationen. So zum Beispiel in der Stadt Otrokovice, der sogenannten «Antifa City». Bei einer Blockade-Aktion in Otrokovice wurde der Marsch von Faschistinnen und Faschisten durch Antifas nach einigen hundert Metern erfolgreich gestoppt. Einer der grössten Erfolge war auch die «Kristallnacht-Blockade», bei der sich rund 2000 Leute in den antifaschistischen Block eingereiht hatten. Es gab allerdings auch Gegendemonstrationen, die der antifaschistischen Szene zusetzten. Beispielsweise eine Demonstration gegen Autonome Nationalisten, bei welcher die Polizei eingriff und viele Antifaschistinnen und Antifaschisten inhaftierte. So ziemlich das gleiche Szenario fand auch an anderen Demonstrationen statt. Auf Grund dessen fand eine grosse Diskussion über die Taktik und Haltung der

antifaschistischen Szene, vor allem der AFA Prag, statt. Die Gruppe kam zum Schluss, dass sie nicht mehr ausschliesslich mit Gegendemonstrationen gegen den Faschismus in Prag agieren will und dass ein neues Konzept erarbeitet werden muss. Die Änderungen zeichnen sich vor allem durch folgende Punkte aus:

- Sie reduzieren die Zahl der Gegendemonstrationen und begegnen den Nazis nur noch dort, wo sie die Möglichkeit haben, diese wirklich zu stoppen.
- Sie treten mehr in der Öffentlichkeit auf, beispielsweise mit dem Mayday-Festival und Ausstellungen.
- Sie suchen die Kooperation mit den Medien, um Informationen über die Nazi-Szene zu verbreiten. Unter den Journalisten gelten die Leute der AFA mittlerweile als Expertinnen und Experten und werden regelmässig angefragt und zitiert.
- Sie suchen einen Weg ihre Politik den Leuten näher zu bringen, ohne Begriffe wie «Proletariat», «Revolution» oder «Klassenkampf» zu benutzen, die sie verwirren und an das bolschewistische Regime erinnern könnten.
- Sie verstehen sich nach wie vor als anarchistisch und werden diesen Prinzipien auch treu bleiben. Sie arbeiten nicht mit staatlichen Institutionen, Parteien oder repressiven Einheiten zusammen.³

In den folgenden Abschnitten sollen einige dieser Punkte näher erläutert werden.

Die AFA und die Öffentlichkeit

Ein Beispiel für das Auftreten der AFA in der Öffentlichkeit ist das Mayday-Festival, das 2008 ins Leben gerufen worden war. Grund dafür war, dass bei den 1.-Mai-Demonstrationen immer mehr Autonome Nationalisten aufkreuzten und so der Tag jeweils in einer Strassenschlacht endete. Die Faschistinnen und Faschisten erlangten mit ihren Aktivitäten jeweils mehr Aufmerksamkeit als der anarchistisch-libertäre Block. Der 1. Mai sollte wieder zum «Tag der Arbeitenden» werden und nicht zum «Tag der Strassenschlachten» verkommen. Schon gar nicht sollte an diesem Tag das Gedankengut der Autonomen Nationalisten in der Öffentlichkeit Gehör finden. Deshalb entschied sich die AFA Prag dafür, auf die traditionelle Demonstration zu verzichten und stattdessen zu versuchen, ein grosses Festival auf die Beine zu stellen, um somit Übergriffen vorzubeugen und gleichzeitig in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen zu werden. Bis jetzt hat das Konzept perfekt funktioniert: Im ersten Jahr waren dreitausend, im zweiten Jahr zehntausend Besucherinnen und Besucher am Festival. Ein weiteres Beispiel ist eine Ausstellung, die unter dem Motto «Faschismus beginnt nicht mit einem KZ, sondern endet mit einem» entstand. In der Ausstellung wurden Übergriffe





und Morde, welche von tschechischen Faschistinnen und Faschisten an Antifas, AusländerInnen und an AussteigerInnen aus der faschistischen Szene verübt worden sind, dokumentiert. Die Ausstellung wurde auch in anderen Städten ein grosser Erfolg.

Die AFA, der Kommunismus und der Bolschewismus

Das bolschewistische Regime hat seine Spuren in der radikal-linken Politik Tschechiens hinterlassen. Immer noch besteht eine starke Ablehnung von autoritär-kommunistischen Strömungen, deren Vertreterinnen und Vertreter allgemein verhasst sind. Hier einige Beispiele dafür, wie die bolschewistische Vergangenheit und die heutige autoritär-kommunistische Strömung die libertäre Bewegung Tschechiens beeinflusst und in welcher Art und Weise sich dies negativ auf ihre Haltung gegenüber jeglichen Arten des Kommunismus ausgewirkt hat. «Die AFA ist offen für alle, die einen aktiven Part in dem Kampf gegen Faschismus, Nazismus und Bolschewismus sein wollen», steht in der Prinzipienklärung «Who we are» der AFA. In ihrer eigenen Chro-

nologie steht weiter: «Last but not least ist die AFA auch für Aktionen gegen die führenden Personen der bolschewistischen Linken bekannt, die antiautoritäre Gruppen und öffentliche Anlässe infiltrierten». Auch auf der Website des Mayday-Festivals wird die kommunistische Vergangenheit kommentiert: «Der 1. Mai wurde von Faschisten, dem Nazi-Regime und der katholischen Kirche durch deren Teilnahme an diesem Tag im letzten Jahrhundert herabgesetzt. [...] Auch vierzig Jahre des bolschewistischen Regimes haben den 1. Mai gebrandmarkt»

«AFA University – Since 1996 fighting for freedom»

Nach der Besetzung Tschechiens durch das Deutsche Reich, der Ermordung tschechischer Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer und Personen jüdischen Glaubens und nach einem weiteren autoritären Regime unter den Bolschewisten wird der Schrei nach Freiheit immer deutlicher – vor allem wenn auch heute noch ein grosser Teil der Regierung mit totalitären Organisationen wie der oben genannten Security-Firma koope-



Nationalistische und antikommunistische Slogans: «Retten wir unsere Souveränität» und «Nationalität vor allem – Sagt nein zum Kommunismus.»

riert. Die AFA kämpft jedoch nicht für einen Staat ohne Faschistinnen und Faschisten und ohne andere totalitäre politische Richtungen, sondern für eine Gesellschaft, die einen Staat überflüssig macht. «Wir arbeiten strikt nach anarchistischen Prinzi-

pien und unser Ziel ist, diese Gesellschaft in eine Gesellschaft der Freiheit umzuwälzen.»⁴

Anita Winter

¹ Sämtliche Informationen in diesem Artikel stützen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf Angaben von einem Mitglied der AFA Prag.

² Der Begriff «positive Diskriminierung» bezeichnet Massnahmen, die eine Diskriminierung verhindern sollen.

³ Aus dem Text «Changes in Antifa».

⁴ Aus dem Text «Changes in Antifa Politics» der AFA Prag

Neonazismus im Berner Oberland

Eine Bestandesaufnahme

Seit einiger Zeit werden die rechtsextremen Strukturen im Berner Oberland immer stärker institutionalisiert und nach und nach von den bekannten Akteuren losgelöst. So gründete sich am 21. Juni 2009 die Helvetische Jugend (HJ) Berner Oberland. Die Kameradschaft ist sowohl Ableger der bereits bestehenden helvetischen Jugend aus dem Raum Emmental, Oberaargau, Entlebuch als auch als Rekrutierungsorganisation für die lokalen PNOS-Strukturen zu interpretieren – werden doch, laut eigenen Angaben, HJ Mitglieder automatisch auch in die PNOS aufgenommen. Mario Friso, neuer Rundschau-Star, hat sich parallel dazu aus allen öffentlichen Bereichen zurückgezogen.

Als Vorläufer der heutigen Strukturen ist der Bund Oberland (BO) zu sehen. Dieser wurde 2004/05 gegründet und spielte konkret mit nationalsozialistischen Symbolen und Bezügen. Die Webseite wurde in den USA auf demselben Server gehostet, auf dem sich auch die Combat 18, Blood&Honour sowie ISD-Records Auftritte befinden, respektive befanden. Der Bund Oberland verstand sich als «Zusammenschluss von Nationalisten, die sich über Jahre hinweg auf verschiedenen Gebieten der Politik und der Geschichte» spezialisiert hätten. Er wollte mit seiner Agitation eine Volksbewegung ins Leben rufen, die den Fall des gegenwärtigen Systems zum Ziel hat.

Die Tätigkeiten waren vielfältiger Natur. Ein Schwerpunkt lag beispielsweise auf dem Verfassen theoretischer Abhandlungen zu verschiedenen nationalistischen und nationalsozialistischen Themen, ein anderer auf der Anti-Antifa Arbeit und der Agitation in der Öffentlichkeit. So wurden 2006 in Spiez in grosser Masse, eher wirre antisemitische Flyer und die Schulhof-CD der NPD verteilt und zum Download angeboten. Nebst dem BO existierte das so genannte Aktionsbündnis Oberland, über welches ein Internetforum betrieben und neue AktivistInnen rekrutiert wurden. Federführend beim BO und beim Aktionsbündnis waren Mario Friso und Michael Haldimann, welche unter verschiedenen Pseudonymen (Nadine G., Wille, beooblerland18) agierten. Der Bund Oberland verschwand 2006 von der Bildfläche, wohl auf Druck von Behörden, Zivilgesellschaft und Antifas, welche gar die Internetkommunikation hacken konnten. Am ersten August desselben Jahres wurde jedoch die Sektion Oberland der PNOS aus der Taufe gehoben. Als Vorstand outeten sich, wen wunderts, Mario Friso und Michael Haldimann. Die Strukturen des Bund Oberland, welcher auch von den Behörden unter Druck geriet, wurden so aus der Klandestinität gehoben und gewissermassen legalisiert.

Die PNOS und der Nationale Beobachter

Die Sektion Oberland ist seit ihrer Gründung eine der aktivsten PNOS

Sektionen schweizweit. Zwecks der Gewinnung von Neumitgliedern wurde eine eigene, oberlandbezogene Schulhof CD gepresst und an diversen Schulen und beispielsweise auch am Bahnhof Thun verteilt. Im Frühling 2008 referierte auf Einladung der PNOS in Unterseen der Altnazi und Mitglied der Thule-Gesellschaft Pierre Krebs. Im selben Monat mietete die PNOS den Singsaal des Schulhauses Chrümig in Wimmis für ein Konzert mit international einschlägig bekannten Musikgruppen, wie beispielsweise Kraftschlag, wo auch Mario Friso ab und zu sein Stelldichein als Gitarrist gibt. Gemietet wurde der Singsaal durch Jordi de Kroon, seinerzeit der Bundesvorsitzende der PNOS. Mobilisiert wurde über einschlägige Internetforen.

Mitte 2008 wurde die Internetplattform Nationaler Beobachter Berner Oberland aufgeschaltet. Die Newsplattform beinhaltet ebenfalls den Versand Holy War Records, welcher aktuell über 90 rechtsradikale CDs sowie diverse Kleidungsstücke mit einschlägiger Symbolik im Angebot hat. Nebst dem Online-Shop der PNOS ist dieser Versand eine wohl ziemlich einträgliche Quelle zur Beschaffung finanzieller Mittel. Die Seite war bis im Sommer 2009 auf Mario Friso registriert. Heute läuft sie über das Pseudonym «K. Freddy» aus Brienz. Mittlerweile wird die Seite «aus Zeitgründen und mangelndem Interesse» nicht mehr aktualisiert – so die letzte Meldung auf der Webseite. Der Rechts-Rock-Versand Holy War Records hat nun einen ei-

genen Webauftritt und für politische Informationen wird auf die Seite der PNOS Berner Oberland verwiesen.

Heutige Situation

Die heutigen Aktivitäten der Oberländer Neonazis sind vielfältiger denn je. Einerseits traten sie vermehrt als Anti-Antifa in Erscheinung. So auch am 1. Mai 2009, als in Thun der neue Präsident der Sektion Oberland Marco Gaggioli zusammen mit Dominik Hulliger, einem bis anhin der Öffentlichkeit unbekanntem PNOS-Aktivist aus Brienz, den Gewerkschaftsumzug abfotografierten. Dasselbe wiederholte sich am 30. Mai 2009 anlässlich einer Thuner Freiraumdemo, diesmal durch Alessandro Neuenschwander, welcher bereits im Jahre 2006 anlässlich der Freiheit für Erdogan Demo aufgefallen war, als er sich hinter einem Regal im Coop-Pronto verstecken musste. Zunehmend tauchen in Thun und Umgebung Kleber der PNOS mit dem Aufdruck «Heute tolerant – Morgen fremd im eigenen Land» und anderen Motiven auf. Beispielsweise wurden in der Nacht vom 17. auf den 18. Juli über 100 Stück angebracht, teilweise an gezielten Orten wie einem indischen Restaurant. Auch kinderhafte Nazi-Schmierereien sind vermehrt zu sehen.

Ausblick

Inwiefern die Helvetische Jugend Oberland ihre Wirkung zeigen wird, muss hier noch offen gelassen werden. Es besteht aber die Gefahr, dass

die Szene, welche sich allabendlich am Bahnhof Thun besammelt und sich bis anhin aus einer brisanten Mischung aus Hardcore-HörerInnen, unorganisierten Jungnazis aber auch Randständigen zusammensetzt, durch eine HJ eingebunden, diszipliniert und politisiert werden kann. Dreh- und Angelpunkt Mario Friso hat sein Amt als Sektionsvize zwei Wochen vor dem Rundschau Beitrag vom 7. Juli 2009 an den jungen Marcel Gafner aus Einigen abgegeben. Als aktiver Neonazi tritt er in die Fussstapfen seiner beiden älteren Brüder, die bereits vor fünf Jahren im Raum Thun als Neonazis aufgefallen sind. Dass sich aber Mario Friso nicht zurückgezogen hat, zeigt einerseits das Foto auf dem Nationalen Beobachter anlässlich der HJ Gründung sowie die Bilder des Rundschau Beitrages, wo er mit Marcel Gafner und Alessandro Neuenschwander zu sehen ist. In diesem Sinne haben sich die Strukturen über die letzten Jahre hinweg zunehmend institutionalisiert und vordergründig von den Gründern losgelöst, hinter den Kulissen sind aber nach wie vor dieselben unverbesserlichen Neonazis als Drahtzieher am Werk – mit Mario Friso als Führerfigur.

Antifa Oberland



200 Rechtsextreme ziehen durch den Regen

Schlachtfeier in Sempach

Wie bereits in den letzten Jahren mobilisiert die Extreme Rechte, federführend die Partei national orientierter Schweizer (PNOS), zu der Schlachtfeier von Sempach. Diese Schlachtfeier avancierte in den letzten Jahren immer mehr zum beliebtesten Neonaziaufmarsch in der Schweiz.

Im Jahr 2008 versalzte die autonome Antifa Freiburg aber dem rechtsextremen Treiben die Suppe gewaltig. Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen wurden fotografiert und die Bilder Tage später im Internet publiziert. Dies wird wohl auch einer der Gründe sein, wieso ein Jahr später gut ein Viertel weniger Teilnehmer aufmarschierten. Weiter wurde im Jahr 2009 auch erstmals öffentlich für eine Gegendkundgebung mobilisiert. Die Juso Luzern reichte eine Bewilligung ein und bekam diese sogar direkt an der Route der Schlachtfeier vom Dorf zum Denkmal. Bereits im Vorfeld spekulierten Medien und Behörden, ob es zu einem Showdown zwischen Rechts und Links kommen würde. Währenddessen wurde im Kantonsrat kontrovers debattiert. Die Linke wünscht sich eine Neuausrichtung der Veranstaltung, die Rechte stösst sich primär am antifaschistischen Widerstand. «Für die Linke ist alles, was nicht sozialistisch ist, rechtsextrem», so Guido Luternauer von der SVP. Luternauer betonte mehrmals, dass sich die Rechtsextremen immer anständig benommen haben. Die Linken hatten bereits die Rütlifeier kaputt gemacht, und er wolle sich die Schlachtfeier von denen nicht auch noch kaputt



Fahnenträger an der Schlachtfeier von Sempach 2009

machen lassen, so die Meinung von Luternauer (26. Juni 2009, Willisauer Bote). Bereits nach zehn Minuten wurde die Diskussion um die Schlachtenfeier per Abstimmung abgebrochen und somit der Aufmarsch der Rechten gebilligt. Gemäss Sonntagsblick wurde im Vorfeld der Feier von der Luzerner Regierung gar Bemühungen unternommen die Rechtsextremen dazu zu bewegen, dass sie ihren Kranz erst nach dem offiziellen Festakt beim Denkmal niederlegen würden. Ganz so wohl scheint es der Luzerner Regierung nicht zu sein, dass Rechts-extreme an ihrem «Winkelriedgedenntag» teilnehmen.

Schlachtfeier von 2009

Am 27. Juni 2009, am Tag der Schlachtfeier, bot sich der Sempacher Bevölkerung ein Bild, dass sie so in ihrem Städtchen wohl noch nie gesehen haben. Unter dem mittelalterlichen Stadttorbogen sperrten Polizeigrenadiere mit Gitterwägen den Zugang zur Altstadt ab, Nebengassen wurden penibel mit PolizistInnen abgesperrt. Es schien so, also ob die Polizei das Böse von der Stadt fernhalten möchte.

Dem war allerdings nicht so, die Polizei sperrte die Altstadt ab, weil die Linken ausserhalb der Stadt ihre

Platzkundgebung hielten und die Rechtsextremen bereits in der Stadt waren. Die Neonazis wurden in keinsten Weise von der Polizei bedrängt oder gar von der Stadt ferngehalten, sie konnten sich in der Stadt völlig frei bewegen.

Infolge permanenten Regens entschied sich das Festkomitee diesmal nicht zum Denkmal zu marschieren. Die 15 Minuten Spazieren und das Lauschen von langweiligen Reden, war für die – meist (mittel)älteren – Besuchern und Besucherinnen wohl wegen des leichten Regens nicht zumutbar. Ob dies allerdings nicht einfach eine bequeme Ausrede war, bleibt wohl für immer unbeantwortet. Die Alternative wäre gewesen, neben den linken Gegendemonstranten zusammen mit den Rechtsextremen zum Denkmal zu marschieren – eine delikate Angelegenheit.

Die Neonazis waren sichtlich erfreut ob diesem Entscheid, formierten sich kurzerhand zu einer Demonstration und zogen alleine – abgesehen von einigen Polizisten – Richtung Denkmal. Die Polizei lotste die knapp 180 Neonazis in sicherer Entfernung von der Gegendemonstration aus der Stadt. Beim Denkmal angekommen lauschten sie einer kurzen Rede, legten einen Kranz nieder und kehrten wieder zurück in das Städtchen. Einige «Aktivisten» und «Aktivistinnen» gingen weiter zu einem Brätelplatz.

Unterdessen entschloss man sich die Platzkundgebung vor dem Dorfeingang zu beenden und gemeinsam Richtung Bahnhof zu ziehen. Unter-

wegs machte die Polizei der friedlichen Kundgebung aber einen gehörigen Strich durch die Rechnung. Nach einigen hundert Metern, kesselte die Polizei die Demonstration und stoppte somit den Umzug. Als Begründung für den Kessel gab Beat Hensler, Kommandant der Luzerner Kantonspolizei, an, dass sich drei [sic] Vermummte unter den DemonstrantInnen befinden. Während drei Viertel Stunden filmte die Kantonspolizei mit mehreren Kameras alle Teilnehmer, dann durfte die Demo weiterziehen. Dass es sich hier um eine prophylaktische Datensammlung handelte liegt auf der Hand. Es ist nicht das erste Mal, dass im Auftrag von Beat Hensler eine linke Demo komplett fichiert wird. Am ersten Dezember 2007 kesselte die Luzerner Kantonspolizei eine «Reclaim the streets» Demo ein und verhaftete 245 TeilnehmerInnen. Hensler liess sie in eine Zivilschutzanlage bringen, wo sie dann alle fichiert wurden.

Auf dem rechten Auge immer noch blind

Die Nazis konnten ungehindert und ohne Bewilligung durch die Stadt ziehen und beim «Heldendenkmal» ihre Feier abhalten. Der schon seit langem fällige Widerstand wurde behindert und kriminalisiert. Beat Hensler, seine Mannen und Frauen in Blau sowie zahlreiche Politiker von Sempach zeigten an diesem denkwürdigen Anlass, welche Politik geduldet wird und welche nicht.

Die Anti-Zensur-Koalition empfangt Bernhard Schaub

Am 31. Oktober 2009 sprach der Holocaustleugner und Neonazi Bernhard Schaub neben Weltverschwörern und Sektierern am Kongress der Anti-Zensur-Koalition (AKZ) in St. Gallen.

Laut einem Eintrag im rechtsextremen Thiazi-Forum waren es ungefähr 2000 Besucherinnen und Besucher, die in der Olma-Halle seinem Vortrag zum Holocaust-Dogma folgten: «Am Ende des Vortrags erhielt er stehende Ovationen. Seine Flugblätter waren innerhalb kürzester Zeit vergriffen», so ein Besucher im Nazi-Forum. Ein kurzer Videomitschnitt seiner Rede findet sich auf YouTube.

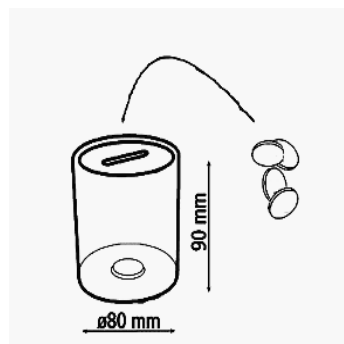
Moderiert wurde die professionell aufgelegte Grossveranstaltung in St. Gallen vom Gründer der «Organischen Christusgeneration», Ivo Sasek. Die Referatsthemen reichten von der «Klimalüge» über die «Mobilfunk-Katastrophe» bis zur Erklärung des Schweizer Scientology-Präsidenten Jürg Stettler, «was Scientology wirklich ist».

Auf dieser Bühne soll Schaub kurzfristig als Ersatz für den ehemaligen ZDF-Meteorologen Dr. Thüne eingesprungen sein. Im Programm ist der Holocaustleugner jedoch auch nachträglich nicht aufgeführt. Ebenso fehlt sein Vortrag auf der sonst aktuell gehaltenen Internetseite der AKZ. Zufall oder nicht, jedenfalls macht es den Anschein, als wolle man seinen Auftritt an der AKZ-Konferenz nicht an die grosse Glocke hängen.

Denn Bernhard Schaub ist einer der bekanntesten Rechtsextremisten der Schweiz. Der ehemalige Chefideologe der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) steht in engem Kontakt zu rechtsextremen Organisationen und Holocaustleugnern im In- und Ausland und tritt auch an Veranstaltungen in Deutschland häufig als Redner auf.

Kapital dem Kampf!

Zaster, Kohle, Money... Auch wir kommen leider nicht ohne aus. Das Magazin lautstark!, die Website, Flyer, Flugis und die Aufrechterhaltung unserer Infrastruktur müssen bezahlt werden. Deshalb sind wir auch über finanzielle Solidarität dankbar!



(Spenden)-Postkonto: 84-472259-7
Vermerk: Spende
Oder einfach Geld in ein Kuvert packen und an folgende Adresse schicken: Antifa Bern, Postfach 5053, 3001 Bern

Lieben Dank allen SpenderInnen!

Soliabo

Das «lautstark!» kann auch abonniert werden. Schicke Fr. 20.- an:

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern

Und du erhältst die nächsten drei Antifa-Zeitungen bequem in deinen Briefkasten.

Impressum:

Redaktion, Bilder und Layout:
Antifa Bern
Auflage: 6000 Stück.
Das «lautstark!» erscheint dreimal jährlich.
Erscheinungsdatum:
6. März 2010
Kontakt: Antifa Bern,
Postfach 5053, 3001 Bern
Web: www.antifa.ch
E-Mail: info@antifa.ch